

# Irak – Die neue Phase des Krieges

von Joachim Guilliard

## I. Irak unter Besatzung

Ende September hatte der US-Geheimdienst CIA seine Nachforschungen nach Massenvernichtungswaffen im Irak ergebnislos beendet – von den untrüglichen Beweisen mit denen Präsident George W. Bush seinen Krieg gerechtfertigt hatte, keine Spur. Auf der anderen Seite war auch vom „Wiederaufbau“ und der versprochenen Demokratie nichts zu sehen. Auch Monate nach dem offiziellen Ende der Hauptkampfhandlungen hatte sich an der katastrophalen Versorgungslage im Lande nichts grundlegendes geändert. Dafür sahen sich die Besatzungstruppen mit einem immer stärkerem und organisierterem Widerstand konfrontiert, der tägliche Verluste forderte.

Welche Optionen bleiben ihnen, um wesentliche Kriegsziele weiter zu verfolgen? Wie stehen die Chancen der europäischen Kriegsgegner, doch noch – formal über eine stärkere Rolle der UNO – eine größere Mitsprache und wirtschaftliche Beteiligung bei der Neuordnung des Irak zu erhalten? Oder wird am Ende – in einer neuen Phase des Krieges – anstelle einer „Rekonstruktion“ des Landes, wenn auch unter neoliberalen Vorzeichen, die fortgesetzte Dekonstruktion stehen?

### „Iraqi Freedom“ – eine Bilanz

„Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind die Iraker wirklich frei“ schrieb der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, am 13. Juli 2003 in einem Gastbeitrag für die *New York Times*. Das Land sei zwar noch nicht vollständig demokratisch, aber die „Freiheit von Nord nach Süd auf dem Vormarsch“. Bedauerlicherweise würden diese Fortschritte von einer kleinen Widerstandsgruppe verunglimpft. Dahinter stünden aber nur Akteure des ehemaligen Regimes und ausländische Terroristen, die feige „im Verborgenen agieren“.

Die Bilanz der von Bremer gepriesenen „Freiheit“ sieht für die Betroffenen bitter aus. Auch Monate nach Ende der Hauptkampfhandlungen gibt es nur stundenweise Strom und fließendes Wasser und dies bei der glühenden Sommerhitze Mesopotamiens. Lebensmittel und Medikamente sind knapp, Krankenhäuser funktionieren nur eingeschränkt und ein Gesundheitssystem gibt es nicht mehr. Die unter dem Embargo

bereits erschreckend angewachsene Kindersterblichkeit, die im Sommer 2002 bei 57 pro tausend Geburten lag, ist nun auf 103 pro tausend Geburten gestiegen: Jedes zehnte irakische Kind stirbt mittlerweile bei der Geburt.<sup>1</sup>

In den Straßen herrscht die nackte Gewalt: Überfälle, Morde, Vergewaltigungen und Mädchenraub sind allgegenwärtig. Die Zahl der bei Schießereien getöteten Menschen ist um das 25-fache gestiegen. Lag die Zahl der monatlichen Schusswaffenopfer in Bagdad im Vorjahr bei zwanzig, so betrug sie im Juni 2003 bereits 389 und stieg im August auf 518.<sup>2</sup> Der britische Journalist Robert Fisk schätzt auf der Basis von Bagdad und drei weiteren Städte, dass wöchentlich mindestens 1000 Iraker und Irakerinnen bei Überfällen, Streitereien, Racheaktionen sowie durch die Besatzungstruppen getötet werden.<sup>3</sup> Dies und der vollständige Zusammenbruch des Sozial-, Schul- und Gesundheitssystems hat eine Situation katastrophalen Ausmaßes geschaffen, die alles bisherige in der leidvollen Geschichte des Landes in den Schatten stellt.

Die Probleme in der Gesundheitsversorgung sind symptomatisch. Sie wurden nach Ansicht des Roten Kreuzes durch die Entlassung erfahrener Ärzte aus wichtigen Positionen auf Grund ihrer bloßen Mitgliedschaft in der Baath-Partei noch verstärkt. Die Verwaltung brach – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch – dadurch größtenteils zusammen. Die zuständigen Besatzungsbehörden sehen sich außerstande, mit den für das zweite Halbjahr 2003 zur Verfügung stehenden 210 Millionen US-Dollar – weniger als ein Prozent der Besatzungskosten für diesen Zeitraum – das Gesundheitssystem wieder auf die Beine zu stellen.<sup>4</sup>

Die chaotischen Verhältnisse im Irak waren zunächst eine direkte Folge davon, wie und mit welchem Ziel der Krieg geführt wurde. Er ging bekanntlich nicht um konkrete Streitpunkte zwischen zwei Kriegsparteien, die es der unterlegenen Partei erlaubt hätten, nachzugeben oder zu kapitulieren. Das proklamierte Ziel war der Sturz der herrschenden Regierung. Es ging aber nicht um eine bloße Übernahme der Macht: Im Stile einer klassischen Eroberung sollte die alte Staatsführung physisch ausgeschaltet

und der bestehende Staatsapparat zerschlagen werden.

Dem Zusammenbruch des alten Regimes folgten Plünderungen und systematische Brandschatzungen, die von den Invasoren nicht behindert, sondern vielen Berichten zufolge sogar gefördert wurden.<sup>5</sup> Sofort unter strengster Bewachung standen das Ölministerium und die Anlagen der irakischen Ölindustrie, während ein großer Teil des kulturellen Erbes und die meisten staatlichen Einrichtungen den Zerstörungen zum Opfer fielen: Museen, Bibliotheken, Ministerien, Krankenhäuser und Universitäten wurden ein Raub der Flammen, „die gesamte Infrastruktur einer Nation, die wir angeblich aufbauen wollen“, so Robert Fisk vom britischen Independent.<sup>6</sup> Arabische Kommentatoren zogen die Parallele zum Sturm Bagdads durch die Mongolen.<sup>7</sup>

Die systematischen Zerstörungen machten den Weg frei für eine völlige Neuordnung des Irak gemäß US-amerikanischen Vorstellungen und Interessen.

### Invasion der Konzerne

Paul Bremer beklagte sich im Sommer über die Ungeduld der Iraker. Nach 35 Jahren politischem und ökonomischem Mismanagement unter dem Baath-Regime, könne man die Probleme schließlich nicht innerhalb dreier Wochen oder Monate lösen. Das mag zwar US-Bürgern einleuchten, Irakern jedoch kaum, die die USA für die weitgehende Zerstörung ihrer Infrastruktur durch zwei Kriege und das Embargo verantwortlich machen. Sie müssen nun hilflos mit ansehen, wie der Ausverkauf ihres Landes beginnt. „Der fürchterliche Angriff auf das Leben der Iraker durch Streubomben“, könnte, so der pakistanische Journalist Humeira Iqtidar, „von der großräumigen Enteignung in den Schatten gestellt werden, welche ihnen durch die Privatisierung droht: nicht nur ihrer Ölressourcen, sondern auch von Gesundheitsdiensten, Wasser, Elektrizität, Transport, Erziehung, Pharmazie und Telekommunikation“.<sup>8</sup>

In der Tat sollen gemäß der lange vor dem Krieg ausgearbeiteten, detaillierten Pläne alle staatlichen Betriebe, Einrichtungen und Dienstleistungen, wie die Wasserversorgung, privatisiert, d.h. an ausländische Konzerne übergeben werden.<sup>9</sup> Die *Washington Post* sprach in diesem Zusammenhang von der größten „feindlichen Firmenübernahme“ der Geschichte. Obwohl das geltende Völkerrecht Besatzungsmächten verbindlich vorschreibt, die vorhandenen Gesetze und gesellschaftlichen Strukturen zu respektieren und die Wirtschaft treuhändlerisch zu verwalten, bis eine neue souveräne Regierung im Amt ist<sup>10</sup>, wurden bereits Dutzende staatlicher Unternehmen

und Ministerien zum Verkauf ausgewählt.<sup>11</sup> Die von Paul Bremer auf dem World Economic Forum im Juni angekündigte „Schocktherapie“ für den Irak – totale wirtschaftliche Öffnung des Landes und Streichung aller staatlichen Subventionen – drohen die durch das Embargo ohnehin stark angeschlagenen Firmen und landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin zu treiben.

Ende September erließ Paul Bremer mit der Verfügung Nr. 39 ein entsprechendes Wirtschaftsprogramm: Ausländer können nun irakische Unternehmen zu 100 Prozent übernehmen. Ausnahme ist die Öl- und Gaswirtschaft, die weiterhin einem von den USA geführten Fonds unterstellt bleibt. Einheimische Wirtschaftsexperten, wie der Chef der Commercial Bank of Iraq, Mohammad Dragh, lehnen das Programm ab. Doch die Iraker werden nicht gefragt. Dies sei kein Vorschlag, sondern Gesetz, stellte ein US-Beamte gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters* klar: „In einem Land wie Irak kann man Geld machen.“<sup>12</sup> – „Kriegsbeute“ nennt dies Brian Whitaker vom britischen *Guardian*, „das moderne Äquivalent zur Ausplünderung“ eines eroberten Landes.<sup>13</sup>

„Der Krieg ist nicht vorbei“ urteilt daher zurecht die in Beirut geborene US-Wissenschaftlerin Rania Masri. „Der Krieg ist nur in eine andere Phase getreten. Phase I war der Golfkrieg 1991. Phase II waren die zwölfjährige andauernden Sanktionen. Phase III war die Bombardierung und Invasion des Iraks im Jahr 2003. Phase IV, der derzeitige Krieg, ist die Besetzung des Iraks und die Invasion der Konzerne.“

#### *Widerstand gegen die Besetzung*

Folgerichtig wächst der aktive Widerstand in der Bevölkerung – neben Demonstrationen, Verweigerung der Mitarbeit und anderen Formen zivilen Widerstands, sehen sich die Besatzungstruppen einem regelrechten Guerillakrieg gegenüber, der ihnen tägliche Verluste zufügt und die Wiederaufnahme des Erdölexports effektiv behindert. Bis Ende September hatten diese Angriffe weit über 1500 Tote und Verwundete unter den britischen und amerikanischen Soldaten gefordert.<sup>14</sup> Mehr als 8000 Soldaten kehrten bis dahin verwundet, verstümmelt oder psychisch traumatisiert in die USA zurück.<sup>15</sup> [...]

Die stärker und militanter werdende Opposition gegen die Besetzung, kommt in den verschiedensten Schattierungen daher, stellt die International Crisis Group (ICG) in einem Memorandum fest.<sup>16</sup> Neben den



auf Stammesstrukturen und Moscheen basierenden Organisationen gibt es auch die Gruppierungen, die sich aus den Resten des gestürzten Regimes rekrutieren oder anderen säkularen, patriotischen und linken Organisationen angehören. Erfahrene ehemalige Militärangehörige finden sich in allen Organisationen, ein Grund für den oft hohen Grad an Professionalität. Falls sich die Situation nicht rasch ändert, so die ICG, könnten die Unterschiede zwischen den Gruppierungen verblassen und auch radikale Schiiten den bewaffneten Kampf aufnehmen. [...]

Der irakische „Prokonsul“ Paul Bremer III. schlägt angesichts der eklatanten Undankbarkeit seiner Untertanen schärfere Töne an. Von „irakischer Freiheit“ ist da keine Rede mehr: „Wir werden sie [die Widerstandskämpfer] bekämpfen und ihnen unseren Willen aufzwingen und wir werden sie fassen ... oder töten, bis wir unser Gesetz und Ordnung im Land durchgesetzt haben. Wir dominieren das Geschehen und werden dem Land unseren Willen aufzwingen.“<sup>17</sup>

Diese Einstellung bekommen weite Teile der Bevölkerung unmittelbar zu spüren. Großangelegte Razzien, willkürliche Gefangennahmen, Erschießungen und regelrechte Menschenjagden sind an der Tagesordnung. Selbst vor Geiselnahme schrecken die Besatzungstruppen nicht zurück, um Gesuchte zu zwingen, sich zu stellen.<sup>18</sup> Anschläge auf amerikanische Soldaten werden mit regelrechten Strafaktionen gegenüber der Bevölkerung am Ort des Geschehens beantwortet. Immer wieder fordert auch das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstrationen, Tote und Verletzte. Amnesty

International wirft den US-amerikanischen und britischen Truppen zudem vor, Tausende irakische Gefangene ohne Anklage und unter entsetzlichen Bedingungen festzuhalten.<sup>19</sup>

„Irak könnte für Amerika das werden, was Afghanistan für das sowjetische Imperium war“, befürchtet der Historiker Michael Ignatiev von der Harvard Universität.<sup>20</sup> Zumindest müssen die Falken in Washington eine Reihe hochfliegender Pläne vorerst zur Seite legen. So sollte der Irak nach der Eroberung Ausgangsbasis für Neuordnungspläne in der gesamten Region sein. Stattdessen wird nun die Besetzung des Zweistromlandes für lange Zeit erhebliche militärische Ressourcen binden.

Ein unmittelbares Problem ist die recht effektive Sabotage des Exports irakischen Öls. Hatte man doch in Washington und in vielen Konzernzentralen gehofft, die Wiederaufnahme der Ölexporte würde rasch erhebliche Summen einbringen. Regelmäßige Anschläge auf die Pipeline von Kirkuk nach Ceyhan in der Türkei verhinderten bisher den Abtransport des wertvollen Rohstoffs aus dem Norden nahezu vollständig. Auch im übrigen Irak gelingt es der Widerstandsbewegung den Raub des irakischen Ölreichtums durch Sabotage erheblich zu beschränken.<sup>21</sup> Das anvisierte Ziel der USA, den Export rasch wieder auf das Vorkriegsniveau von 2,8 Millionen Barrel am Tag zu heben und damit ihre Kriegskasse zu füllen, liegt in weiter Ferne.

## **II. Neuordnungspläne – Streit um die Hoheit über den Irak**

Ende August ließ Pentagonchef Donald Rumsfeld laut *Financial Times* seinen Mitarbeitern den Film „Die Schlacht von Algier“ zeigen, der von der Niederlage der französischen Besatzungstruppen gegen einen entschlossenen Widerstand in Algerien handelt. Der Film zeige, so die britische Zeitung, dass „ausgefeilte Taktik und überlegene Stärke kein Ersatz für eine kohärente Strategie und internationale Legitimität“ seien. Beides vermisst das Blatt im Irak. Unfähig „die Straßen oder die Grenzen, das Wasser oder die Stromversorgung zu kontrollieren“ seien die alliierten Truppen nicht einmal in der Lage, „die Verbündeten und die Institutionen zu schützen, die sie benötigen, um den Irak wiederaufzubauen“: Am 19. August waren bei einem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad der Sondergesandte der Vereinten Nationen, Sérgio Vieira de Mello und zwanzig weitere UN-Mitarbeiter ums Leben gekommen.

Zehn Tage später war der SCIRI-Führer Ayatollah Al Hakim unter den 82 Opfer eines ähnlichen Anschlags in Najaf.

Angesichts der wachsenden Probleme drängen Washington und London auf mehr internationale Unterstützung.<sup>22</sup> Die meisten Verbündeten fordern aber für das gewünschte Engagement auch eine adäquate Mitsprache und mehr Autorität für die UNO. Die einflussreiche „International Crisis Group“ (ICG) hat in dem Papier „Das Regieren des Irak“ detaillierte Vorschläge ausgearbeitet, wie der Charakter des Besatzungsregimes zu ändern und eine stärkere internationale Beteiligung zu erreichen wäre. Sie dürften weitverbreitete Vorstellungen beiderseits des Atlantik widerspiegeln.

Die ICG hält die „Coalition Provisional Authority“ (CPA), wie die Besatzungsbehörde genannt wird, für unfähig, „angemessen für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen und den Irak erfolgreich zu regieren“. Unrealistisch sei zudem, dass der provisorische „Regierende Rat“ unter den aktuellen Bedingungen von den Irakern oder von anderen Staaten als „glaubwürdige, legitime und handlungsfähige Institution“ angesehen werden könne.<sup>23</sup>

Ein Rückzug der Besatzungsmächte wird auch von der ICG nicht in Betracht gezogen. Eine UN-Mission mit ausreichender Autorität könnte aber eine Mittlerrolle spielen und UN-Truppen aus Ländern, die sich nicht am Krieg beteiligten, als Puffer fungieren. Die UNO sollte Verantwortung für alle zivilen Aspekte der Neuordnung erhalten und den Übergangsrat kontrollieren, der wiederum so viel Regierungsgewalt erhalten solle, wie möglich. Die Besatzung sei zwar durch den Sicherheitsrat „legalisiert“ worden, doch nötig sei eine zweite Resolution, die sie „legitimiert“ und der UNO ein „klares politisches Mandat“ gebe, so auch die ähnlich argumentierende *Financial Times*.<sup>24</sup> Diese Vorschläge zielen vor allem auf das Image des Unternehmens. Sie sollen, so die ICG, die verbreitete „Wahrnehmung“ verringern, die USA wollten den Irak beherrschen und stattdessen das „Bild“ eines breiten internationalen Engagements vermitteln und damit auch den „Eindruck von Rechtmäßigkeit“ in den Augen der irakischen Bevölkerung stärken. Diese Schritte würden den Widerstand, nach Ansicht der ICG, keineswegs eliminieren, sie würden ihn wahrscheinlich aber nachhaltig dämpfen.<sup>25</sup>

Da die führende Rolle der USA nicht in Frage gestellt wird, laufen die Vorschläge auf ein internationali-

siertes Besatzungsregime hinaus, unter dem die Neuordnung des Irak weiterhin im wesentlichen nach westlichen, vorwiegend US-amerikanischen Vorstellungen vorgenommen würde. Angesichts der Machtverhältnisse im maßgeblichen Sicherheitsrat würde daran auch eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen wenig ändern. Die UNO soll der – an sich nur wenig modifizierten – Fremdherrschaft nur den nötigen legalen Rahmen verschaffen und realistische Chancen auf einen kontrollierten Übergang von Regierungsgewalt in die „richtigen“ irakische Hände eröffnen.

Dass sich eine Mehrheit der Iraker mit einer solchen internationalisierten Besatzung anfreundet, ist wenig wahrscheinlich. Sie wäre aber geeignet, dem Widerstand Legitimation zu nehmen: Widerstandskämpfer würden sich – zumindest in der wesentlichen Wahrnehmung – nicht mehr völlig legitim einer offensichtlichen Fremdherrschaft widersetzen, sondern „Friedenssicherungsmaßnahmen“ der „internationalen Staatengemeinschaft“.

Die Hardliner in Washington um Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz sperren sich dessen ungeachtet weiter gegen eine Mitsprache anderer Staaten bei der Neuordnung des Iraks. Dies würde nicht nur ihren Plänen am Golf zuwiderlaufen, sondern auch einem ihrer zentralen strategischen Ziele: die Vorherrschaft der USA gegenüber allen potentiellen Konkurrenten, zu denen sie auch die Großmächte der EU zählen, auf Dauer zu bewahren.<sup>26</sup>



### *Die Bürde gemeinsam tragen*

Deutschland und Frankreich hatten George W. Bushs Irak-Feldzug, der sich auch gegen ihre eigenen Interessen im Nahen Osten richtete, nicht verhindern können. Was sie tun konnten, war ein Umfeld zu schaffen, das die politischen und materiellen Kosten des Krieges für die USA in die Höhe treiben würde, in der begründeten Hoffnung, dass der Hegemonialmacht bei ihrem Quasi-Alleingang die Grenzen gezeigt werden.

Es war ein Balanceakt, da beide Staaten das Bündnis mit den USA natürlich nicht in Frage stellen wollten. Insbesondere haben sie auch kein Interesse daran, dass die Vormacht des Westens am Golf völligen Schiffbruch erleidet. Im Gegenteil – im Falle eines Scheiterns im Irak, würde deren Verlust an Einfluss im arabischen Raum auch ihre eigenen vitalen Interessen in der Region gefährden. Die Folgen wären „zunehmende Instabilität ...“, sowie Gefährdung der Energieversorgung Mitteleuropas, war auch in der *Frankfurter Rundschau* zu lesen.<sup>27</sup> *Die Zeit* wird noch deutlicher: „Kein Blut für Öl‘ kann man leicht sagen, solange andere bereit sind, es zu vergießen; die amerikanische Übermacht am Persischen Golf ... bleibt vitales deutsches Interesse.“<sup>28</sup>

Die Bush-Regierung setzt genau auf diese Interessensgemeinschaft, wenn sie Unterstützung auch ohne größere Mitsprache im Irak fordert. Washington nutzt zudem konsequent die Anschläge auf die UN-Zentrale in Bagdad und die Imam-Ali-Moschee in Najaf, um argumentativ die Gefahr einer Ausbreitung terroristischer Gewalt in den Vordergrund zu rücken.<sup>29</sup> Obwohl auch

diese Gewalt offensichtlich eine Folge der Besatzung ist, wird sie in der Mitte Oktober verabschiedeten UN-Resolution zur Rechtfertigung ihrer Fortsetzung verwandt. Resolution 1511 nimmt gleich zu Beginn auf diese Attentate Bezug und gedenkt ausführlich der ausländischen und irakischen Opfer, die dabei ums Leben kamen – angesichts Zehntausender Iraker, die durch Krieg und Besatzung bisher ums Leben kamen, ein kaum zu überbietender Zynismus. Mit der „Bedrohung von Frieden und Sicherheit durch terroristische Akte“ legitimiert die Resolution schließlich die Umwandlung des angloamerikanischen Besatzungsregimes in einen multinationalen Kampfeinsatz nach Kapitel VII der UN-Charta.

Auch in der Öffentlichkeit versucht die US-Regierung die hässliche Realität der illegalen Besatzung durch

das Bild eines Landes zu verdrängen, das im blindwütigen Terror zu versinken droht. Bewusst werden Angriffe auf Besatzungstruppen und Sabotage mit Terroranschlägen auf Zivilisten vermengt und zudem Verbindungen mit Anschlägen in anderen Ländern hergestellt und so der Eindruck vermittelt, dass allein das US-geführte Besatzungsregime eine „Ausweitung des Terrors“ verhindern könne.

Nicht ohne Erfolg, wie nicht nur Resolution 1511 zeigt: die Besetzung an sich, Ergebnis eines unstrittig völkerrechtswidrigen Krieges, wird von europäischen Politikern und Medien kaum noch problematisiert. Während aus Sicht der meisten Iraker die gefährlichsten ausländischen Terroristen in britischen und amerikanischen Uniformen stecken, besteht in Europa breiter Konsens, dass eine Unterstützung der angelsächsischen Truppen bei der „Stabilisierung“ des Iraks ein gemeinsames internationales Anliegen ist.

Just als die CIA zugeben musste, keinerlei Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden zu haben, bekräftigten Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Präsident Jacques Chirac in direkten Gesprächen mit dem US-Präsidenten, die „Meinungsverschiedenheiten“ über den Kriegskurs der USA hätten sich erledigt. Man müsse nun nach vorne schauen, so Schröder. In der *New York Times* bot er an, „die Last im Irak zu teilen“ Neben finanziellen Hilfen stellte der Bundeskanzler vor allem die Ausbildung neuer, US-loyaler Polizisten und Soldaten in Aussicht.

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete anschließend einstimmig die von den USA vorgelegte Resolution, obwohl keine der vom UN-Generalsekretär, von Deutschland, Frankreich und zahlreichen anderen Ländern vorgebrachten Forderungen nach mehr Mitsprache der UNO und eine rasche Übergabe der Macht an eine irakische Regierung berücksichtigt wurden. Die neue Resolution beinhaltet zwar die u.a. von der ICG vorgeschlagene Legitimierung der Besetzung, beschränkt die Rolle der Vereinten Nationen aber weiterhin auf bloße Hilfsdienste. [...]

### III. Ausblick

Auch wenn anhaltendes Chaos, Bürgerkrieg und das aktuelle Niveau des Guerillakrieges aus militärisch Sicht tolerabel sein mögen, so wird die Situation für George W. Bush innenpolitisch zu einem immer größeren Problem. Im November nahmen die Widerstandsaktionen noch einmal massiv zu. Mit spektakulären Aktionen, wie dem Raketenangriff auf das Hotel in Bagdad, in dem sich gerade der Vizeverteidigungsmini-

ster Wolfowitz aufhielt oder dem Abschluss von fünf Hubschraubern wurden der Besatzungsmacht spektakuläre Schläge versetzt. Gleichzeitig stellte ein düsterer CIA-Bericht, der vor einem Scheitern der gesamten Irak-Mission warnte, die offizielle Propaganda bloß. Der Inhalt des geheimen Berichts war offensichtlich gezielt an die Medien lanciert worden, um sicherzustellen, dass er nicht wie so oft im Pentagon sang und klanglos verschwindet. Der Widerstand wird demnach an Stärke noch zunehmen und in der Bevölkerung weiter Fuß fassen. Bis zu 50.000 Irakerinnen und Iraker – und keinesfalls nur Anhänger des alten Regimes – seien im Widerstand aktiv, so die Einschätzung der Geheimdienstexperten.<sup>30</sup> Die CIA-Analyse kommt zum Schluss, dass die Irak-Politik der Bush-Administration einen Wendepunkt erreicht hat. Die Unfähigkeit der Besatzungsmächte die Guerilla zu bezwingen, würde eine wachsende Zahl Iraker zur Überzeugung bringen, dass sie geschlagen werden können und dadurch die Unterstützung für den Widerstand stärken. Die Bagdader CIA-Zentrale befürchtet, dass auch die schiitische Mehrheit im Zweistromland sich ihm zunehmend anschließen wird.

Die Bush-Administration sah sich angesichts der auch im eigenen Land rapide sinkenden Akzeptanz ihrer Irak-Politik zum Handeln gezwungen. Bis zur heißen Phase des Wahlkampfes ab Sommer nächsten Jahres sollen die Negativschlagzeilen für Präsident Bush aus dem Irak entschärft werden. Sie kündigte an, die direkte Kontrolle über das Land zu einem guten Teil bis Juni nächsten Jahres an eine Übergangsregierung abzugeben.

Mit einer Übergabe der Macht im Irak an die Bevölkerung hat dieser taktische Rückzug aber nichts zu tun. Präsident Bush machte unmissverständlich klar, dass die Besatzungstruppen unabhängig von den

neuen Plänen auch weiterhin auf unbestimmte Zeit im Land bleiben werden. „Wir werden weiterhin US-Truppen hier haben, aber sie werden keine Besatzer mehr sein, sondern Kräfte, die auf Einladung der irakischen Regierung hier sind,“ sagte das führende Mitglied des „Regierenden Rates“, Achmed Chalabi, der *New York Times*.<sup>31</sup> Diese „Einladung“ soll sicherheitshalber aber noch vor der Einsetzung der neuen Regierung durch „bilaterale Verträge“ fixiert werden, die das „Statut der Koalitionstruppen im Irak definieren sollen“.<sup>32</sup> Mindestens sechs große dauerhafte Militärbasen in verschiedenen Landesteilen sind dafür vorgesehen.<sup>33</sup>

Die Übergangsregierung soll im Prinzip aus dem „Regierenden Rat“ unter Einbeziehung weitere Organisationen gebildet werden. Auf diese Weise wird Macht in die Hände von zum Teil sehr zwielichtigen Personen und Gruppierungen gelegt werden, deren Ziele sich mit denen der US-Regierung decken oder die im Bündnis mit der Besatzungsmacht ihre eigenen partikularen politischen und materiellen Interessen verfolgen wollen. So z.B. der oben erwähnte, vom Pentagon protegierte Achmed Chalabi, Chef des *Irakischen Nationalkongress*, den in Jordanien eine 22jährige Gefängnisstrafe wegen Bankbetrugs in Höhe von 288 Millionen US-Dollar erwartet und dessen Leute mit organisiertem Verbrechen im NachkriegsIrak in Verbindung gebracht werden.<sup>34</sup>

Zu den Plänen gehört auch der noch raschere Aufbau irakischer Sicherheitskräfte. Die Ausbildungszeiten der US-loyalen Truppen wurden hierfür schon zweimal halbiert. Die weitere Kürzung bestätigt, so der *Toronto Star*, dass die USA keine echte irakische Armee wollen, die in der Zukunft möglicherweise wieder US-Interessen in der Region gefährden könne, sondern nur Wachleute, Polizisten, Geheimdienstleute



und einfache Fußsoldaten. Indigene Kräfte sollen so gegen den Rest der Bevölkerung in Stellung gebracht werden, als „menschliches irakisches Kanonenfutter“, um die Zahl der in Leichensäcke zurückkehrenden US-Soldaten zu minimieren. „Dies ist eine echte und erprobte Kolonialmethode.“<sup>35</sup>

Auch eine unter US-Hoheit eingesetzte Übergangsregierung wird sich nur mit der Gewalt gestützt auf die ausländischen Truppen durchsetzen können. Da die wesentlichen Entscheidungen ohnehin bereits gefallen sind, stünde am Ende nicht die irakische Souveränität, sondern eine US-hörige Diktatur, eine Kolonialregierung mit irakischem Gesicht.

Vor einem Abzug der Besatzungsmächte kann es keine echte irakische Souveränität und keinen Frieden geben. Auch wenn das Risiko des Ausbruchs innerirakischer Auseinandersetzungen bis hin zu einem Bürgerkrieg nicht zu vernachlässigen ist, gibt es keinen anderen Weg aus der aktuellen Misere, als den Rückzug der Invasionstruppen.<sup>36</sup> Erst wenn sicher ist, dass sie – im Rahmen eines knappen, aber realistischen Zeitplans – das Land verlassen, können die Vereinten Nationen tatsächlich Mitverantwortung bei der staatlichen Reorganisation und dem Wiederaufbau übernehmen, ohne als Teil der Besatzungsmacht angesehen zu werden. Erst dann ist mit breiter Mitarbeit der Iraker zu rechnen und gibt es eine realistische Chance – innerhalb dieses Zeitplans eine Übergangsregierung auf breiter Basis – von radikalen Schiiten bis zu Strömungen der alten Regierungspartei – bilden zu können, wie sie von UN-Generalsekretär Kofi Annan Anfang Oktober vorgeschlagen worden war. Dies scheint für all die, die unter der Diktatur litten oder einen starken islamischen Einfluss fürchten, kaum hinnehmbar. Doch auch in vielen anderen Ländern, wie beispielsweise Südafrika, wurde ein unblutiger Neuanfang nur durch schmerzliche Kompromisse möglich. Je mehr politische Kräfte hingegen ausgeschlossen blieben, desto größer wäre die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Jede internationale Unterstützung für das Besatzungsregime hingegen legitimiert den US-Anspruch auf den Irak und verlängert das Leid der Menschen – der Iraker und auch der ausländischen Soldaten.

Die weitere Entwicklung wird maßgeblich davon abhängen, ob es den wichtigen gesellschaftlichen Kräften im Irak gelingt, gravierende Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu verhindern und über ideologische und konfessionelle Grenzen hinweg eine gemeinsame Politik gegen die Besatzung zu entwickeln. Hierfür verdienen sie Unterstützung von außen.

Wichtig wäre beispielsweise eine ausreichende Präsenz unabhängiger Beobachter, unter anderem auch im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission, die das Agieren der Besatzungstruppen und die Aktionen der Guerilla verfolgen und auch die Hintergründe von Terroranschlägen auf nichtmilitärische Ziele, wie internationale Einrichtungen und die irakische Zivilbevölkerung untersuchen könnten. Solche Anschläge sind geeignet, Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufzubringen, die Widerstandsbewegung als ganzes zu diskreditieren und das Engagement humanitärer Organisationen zu gefährden. Der kritische Blick der internationalen Öffentlichkeit war bisher ein gewisser Schutz vor einer eskalierenden Gewalt der Besatzer. Auch wenn das Ausmaß willkürlicher Gewaltanwendungen und Menschenrechtsverletzungen erschreckend hoch ist, so hat es bei weitem noch nicht das Ausmaß erreicht, das lange Jahre in Vietnam abseits jeder Öffentlichkeit herrschte.

Mit militärischen Mitteln allein werden die USA kaum zum Rückzug zu bewegen sein. Entscheidend für den Widerstand gegen die Besatzung – und auch der Zeit danach – wird der Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im Irak sein, die in der Lage sind, gewaltfreie Massenaktionen, wie Demonstrationen, Streiks und Boykotts gegen die Besatzung zu koordinieren. Der Erfolg wird nicht nur entscheidend für die Zukunft des Landes selbst sein. Er wird einen wesentlichen Einfluss darauf haben, in welchem Maße die USA ihre aggressiven Pläne gegenüber anderen Ländern weiter verfolgen können. Die Unterstützung des Widerstands ist daher zu einer unmittelbaren Aufgabe der Antikriegsbewegung geworden.

*Joachim Guilliard ist im Heidelberger Forum*

<sup>1</sup> Siehe Frankfurter Rundschau v. 11.10.2003 und „A land ruled by chaos“, Guardian, 4.10.2003

<sup>2</sup> Los Angeles Times und New York Times v. 16.9.2003

<sup>3</sup> Robert Fisk: Secret slaughter by night, lies and blind eyes by day, The Independent, 14.9.2003

<sup>4</sup> Long Road to Recovery For Baghdad Hospitals, Washington Post, August 17, 2003

<sup>5</sup> siehe hierzu Walter Sommerfeld in diesem Buch

<sup>6</sup> Siehe J. Guilliard, Die Kolonisierung des Iraks im Geiste der Conquista, junge Welt v. 5/6.5.2003

<sup>7</sup> Kareem M. Kamel, From Mongols to Marines: The New Ugly Empire, Islam Online, 15.4.2003

<sup>8</sup> Humeira Iqtidar, „Celebration in Iraqi streets“, ZNet, April 23, 2003

<sup>9</sup> Wall Street Journal, 1.5.2003

<sup>10</sup> Siehe Artikel 42ff der Haager Landkriegsordnung von 1907, sowie: Spoils of war, The Guardian, 13.10.2003

<sup>11</sup> Siehe hierzu Rania Masri in diesem Buch

<sup>12</sup> Karl Grobe: Ausverkauf der irakischen Wirtschaft, Frankfurter Rundschau 23.09.2003

<sup>13</sup> Spoils of war, a.a.O.

<sup>14</sup> US wounded in the shadows, Asia Times, 2.10.2003

<sup>15</sup> Jürgen Rose, Sag', wo die Soldaten sind, FREITAG, 3.10.2003

<sup>16</sup> ICG: Governing Iraq, 25.8.2003. Die „International Crisis Group“ ist ein internationales Expertengremium, dem viele ehemals hochrangige Politiker wie Oscar Arias, Martti Ahtisaari und Zbigniew Brzezinski, Wissenschaftler und Militärs, darunter der ehemalige US-Generalstabschef Wesley Clark, und Konzernchefs angehören.

<sup>17</sup> Bremer am 26.06.2003, zitiert nach „Resistance in Iraq, disarray in the U.S.“, Frontline, 2.8.2003

<sup>18</sup> Besatzer nehmen Geiseln, junge Welt vom 30.07.2003

<sup>19</sup> Amnesty International: Iraq - Memorandum on concerns relating to law and order, 23. July 2003, siehe auch den Beitrag von Michael Schiffmann in diesem Buch

<sup>20</sup> New York Times, 7.9.2003

<sup>21</sup> Iraq: Pipeline Sabotage and Reconstruction Concerns, Stratfor, 18.8.2003

<sup>22</sup> Einen guten Überblick über die US-amerikanischen Probleme und die Auseinandersetzungen in den USA gibt Peter Rudolf in *Amerikanische Irakpolitik - wie weiter*, Stiftung Wissenschaft u. Politik, SWP-aktuell 36, Sept 2003

<sup>23</sup> ICG: Governing Iraq, a.a.O.

<sup>24</sup> US troops may stay in Iraq indefinitely, a.a.O.

<sup>25</sup> ICG, Governing Iraq, S. iii und 29

<sup>26</sup> siehe die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2003.

<sup>27</sup> Europas Verantwortung, FR 12.09.2003

<sup>28</sup> Bundeskanzler - Ratlos nach New York, Die Zeit, 39/2003

<sup>29</sup> Siehe hierzu auch J. Guilliard „Herrschaft durch Destabilisierung“, Marxistische Blätter, 05/2003

<sup>30</sup> „We could lose this situation“, CIA says insurgents now 50,000 strong; Crisis talks over transfer of power“, *The Guardian*, 13.11.2003 und „CIA has a bleak analysis of Iraq“ Philadelphia Inquirer, 12.11.2003

<sup>31</sup> „Neue Regierung in Irak offenbar schon im Juni 2004“ afp, 15.11.2003

<sup>32</sup> US-Zivilverwaltung in Irak und Regierungsrat einigen sich offiziell, afp, 15.11.2003

<sup>33</sup> „US-Armee vorgeführt“, *junge Welt*, 22.11.2003

<sup>34</sup> Siehe z.B. „U.S. troops clash with exile leader's militia“, *USA Today*, 1.5.2003

<sup>35</sup> „What Iraq will get isn't self-rule“, *Toronto Star*, 16.11.2003

<sup>36</sup> Siehe hierzu auch den CIA-Veteran und ehemaligen Berater von Bush senior, Ray McGovern „Helicopter Down“, *TomPaine.com*, 3. November 2003, <http://www.tompaine.com/feature2.cfm/ID/9289>

Dieser Text ist die gekürzte und aktualisierte Version eines Artikels, entnommen aus folgendem, vom Autor mitherausgegebenen Buch: Guilliard/Göbel/Schiffmann (Hg.): Der Irak – Krieg, Besetzung und Widerstand (Köln, PapyRossa Verlag, 2003). Eine ausführliche Fassung erschien als IMI-Studie 2003/05 der Informationsstelle Militarisation